

## **Pressekonferenz**

# **Ungleichheiten in Deutschland**

## **Sozialbericht 2024 – ein Datenreport für die Bundesrepublik Deutschland**

**am 6. November 2024 in Berlin**

### **Statement von Dr. Philip Wotschack (WZB)**

**- Es gilt das gesprochene Wort -**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der „Sozialbericht“ befasst sich seit fast vier Jahrzehnten mit den Lebensbedingungen, Sorgen und Einstellungen der Menschen in Deutschland.

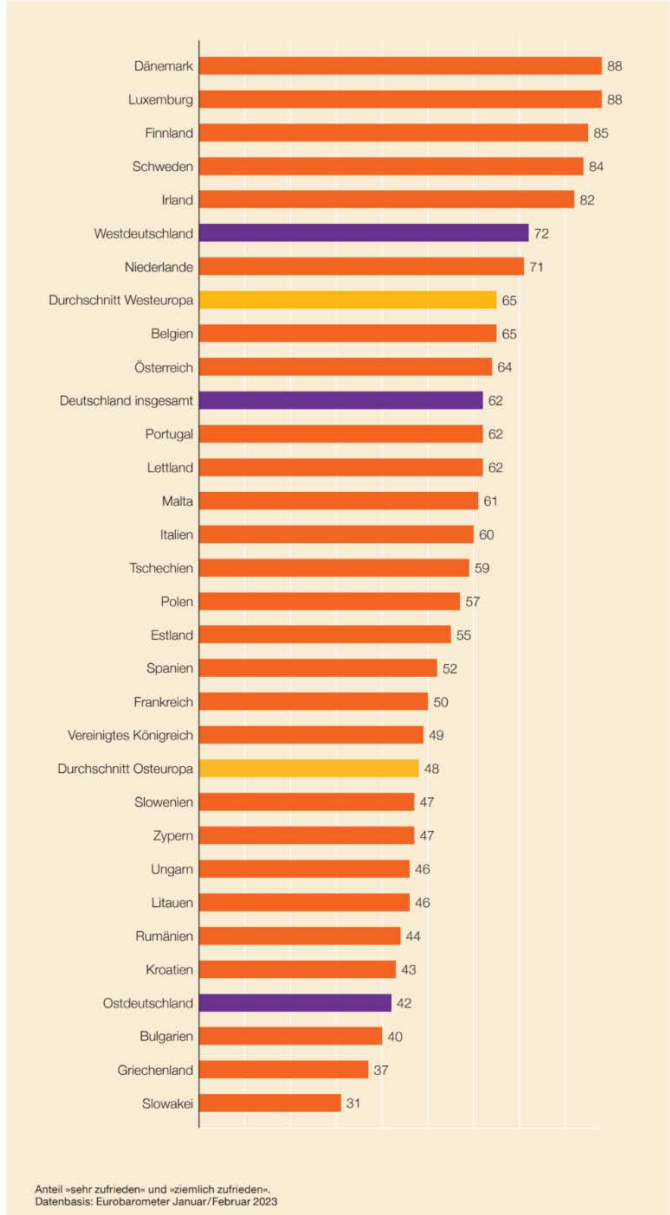
Die Einstellungen der Menschen zum demokratischen Regierungssystem sind – auch vor dem Hintergrund des Erstarkens rechtspopulistischer Parteien – ein wichtiges Thema in der öffentlichen Diskussion.

**Der Sozialbericht 2024 zeigt: Ein großer Teil der Bevölkerung ist mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden.**

Die Zustimmung zur Demokratie als Staatsform ist in der Bevölkerung ungebrochen hoch. Kritisch fällt das Urteil der Menschen allerdings aus, wenn es um das Funktionieren demokratischer Mechanismen in der Praxis geht. Hier hat

die Unzufriedenheit seit 2020 im Westen wie im Osten deutlich zugenommen. In Ostdeutschland ist sie besonders hoch: Weniger als die Hälfte der Bevölkerung ist hier mit der Art und Weise, wie die Demokratie funktioniert, zufrieden. Im europäischen Vergleich rangiert Ostdeutschland im Hinblick auf die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie auf den untersten Plätzen, auch wenn Deutschland insgesamt noch immer im oberen Mittelfeld liegt (siehe Kapitel 10.2, Abbildung 2, S. 356).

► **Abb 2** Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land 2023  
– in Prozent



Dieser Befund wirft die Frage nach den Ursachen auf. Fühlen sich bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht ausreichend vertreten? Welche Gruppen drohen abgehängt zu werden? Die Daten des Sozialberichts helfen bei dieser Spurensuche und geben wichtige Hinweise, etwa mit Blick auf die Sorgen der Menschen oder Schieflagen bei der Einkommens- und Vermögensverteilung.

Schauen wir uns zunächst an, wie zufrieden die Menschen in Deutschland mit ihrem Leben sind und worüber sie sich Sorgen machen.

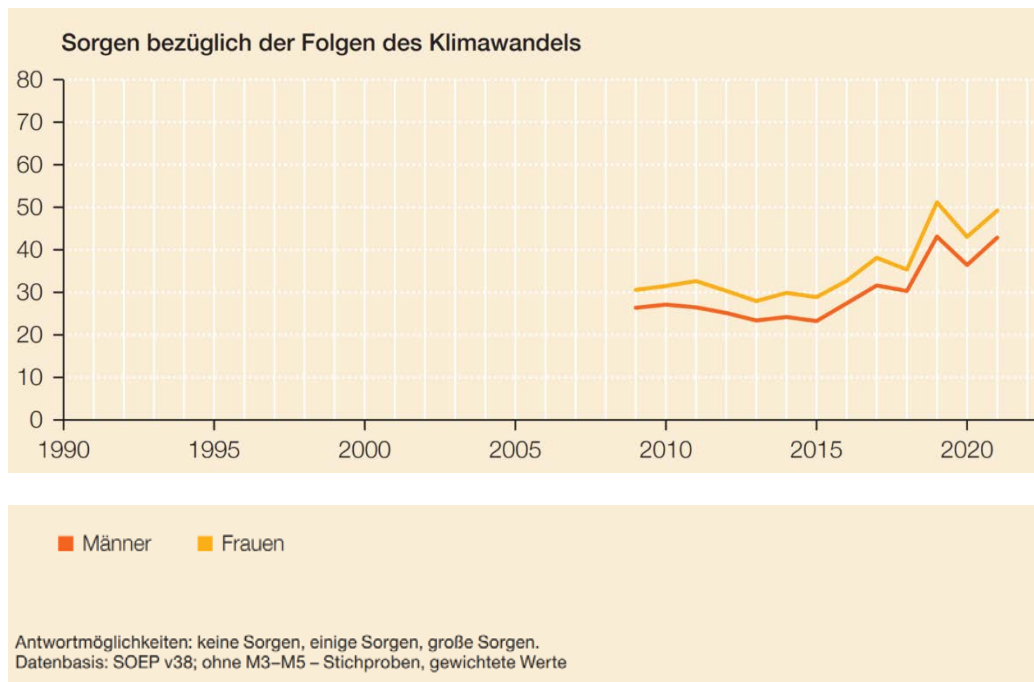
**Der Sozialbericht 2024 zeigt: Die allgemeine Lebenszufriedenheit der Menschen hat ein hohes Niveau erreicht. Die Sorge um den Klimawandel ist jedoch groß.**

Die durchschnittliche Lebenszufriedenheit der Menschen ist in den letzten 15 Jahren kontinuierlich gestiegen und war auch während der Coronapandemie hoch (siehe Kapitel 11.1, Abbildung 5, S. 384)

► Abb 1 Verlauf der mittleren Lebenszufriedenheit nach Geschlecht



Gleichzeitig macht sich ein wachsender Teil der Bevölkerung Sorgen bezüglich der Folgen des Klimawandels. 90 % der Bevölkerung machten sich 2021 darüber Sorgen (Kapitel 12.4, Tabelle 2, Seite 415), fast die Hälfte der Bevölkerung sogar große Sorgen (Kapitel 11.1, Abbildung 4, Seite 382). Ihr Anteil hat sich damit seit 2015 fast verdoppelt.



Auch die Bereitschaft, für den Umweltschutz Abstriche beim persönlichen Lebensstandard zu machen, hat weiter zugenommen und war 2022 bei mehr als zwei Dritteln der Menschen in Deutschland gegeben (Kapitel 12.4, Abbildung 2, Seite 417).

Wie steht es mit dem Ausmaß sozialer Ungleichheit in unserer Gesellschaft, die ein wichtiger Grund für Unzufriedenheiten sein kann? Dabei schauen wir besonders auf Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland.

**Der Sozialbericht 2024 zeigt: Die durchschnittlichen Vermögen sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Ungleichheiten bei der Vermögensverteilung sind aber weiterhin hoch.**

Bei den Durchschnittsvermögen ist in den letzten Jahren ein deutlicher Zuwachs zu verzeichnen. Betrachtet werden dabei die Nettovermögen, die sich aus allen Sach- und Finanzwerten (vom Auto, dem Guthaben auf dem Konto oder anderen Geldanlagen) abzüglich bestehender Verbindlichkeiten wie Hypotheken oder Kreditschulden zusammensetzen. Allein im Zeitraum zwischen 2010/2011 und 2021 sind die durchschnittlichen Haushaltsnettovermögen um fast zwei Drittel (62 %) angestiegen. Sie betragen 2010/11 im Durchschnitt pro Haushalt 195.200 Euro, 2021 316.500 (siehe Kapitel 5.4, Tabelle 1, S. 219). Auch nach Berücksichtigung der Inflation verbleibt ein Zuwachs von 39 %. Der Zuwachs an Vermögen ist vor allem auf die stark gestiegenen Immobilienpreise zurückzuführen. Das kommt vor allem den Menschen in der Mitte der

Vermögensverteilung zugute, für die Immobilien die wichtigste Anlage darstellen. Ungleichheiten bei der Vermögensverteilung haben sich 2021 damit leicht verringert.

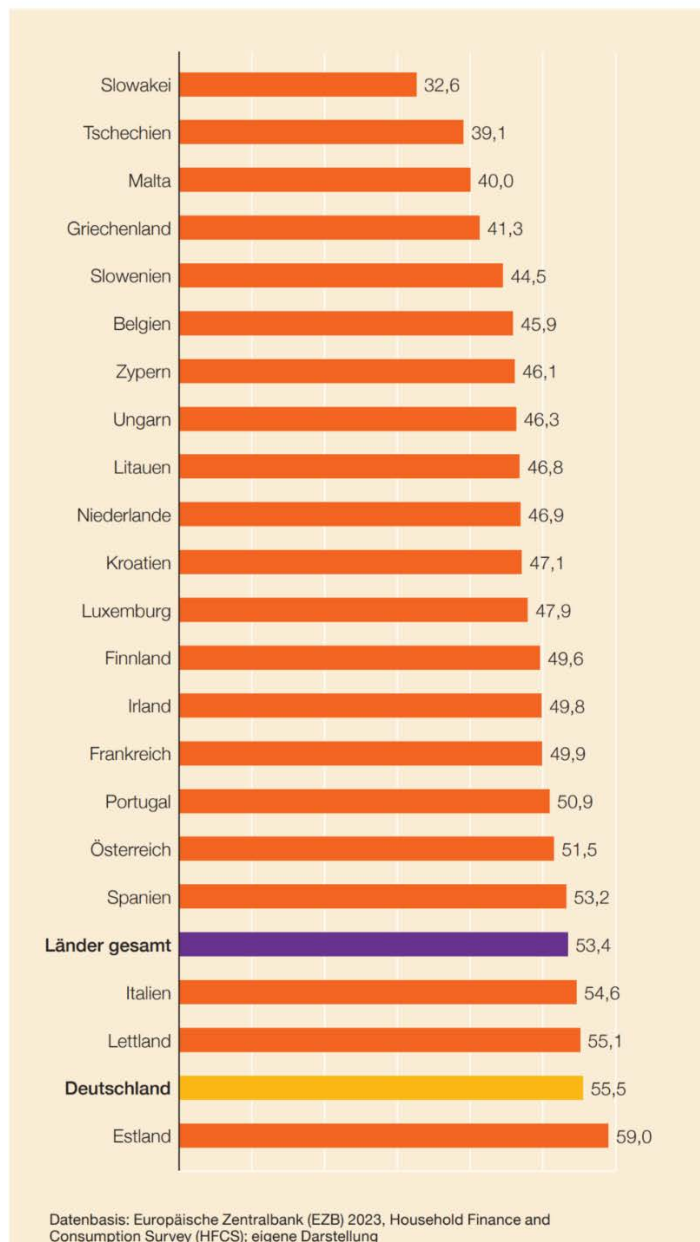
► **Tab 1** Höhe der Nettohaushaltsvermögen und deren Verteilung

	2010/11	2014	2017	2021
<b>Mittelwert (in Euro)</b>	195 200	214 300	232 800	316 500
<b>Perzentile<sup>1</sup> (in Euro)</b>				
95. Perzentil	661 240	722 000	861 600	1 107 000
90. Perzentil	442 320	468 000	555 400	725 900
80. Perzentil	261 080	274 700	334 000	430 700
70. Perzentil	163 460	174 900	215 400	297 000
60. Perzentil	97 240	111 900	131 000	185 400
<b>Median</b>	<b>51 400</b>	<b>60 800</b>	<b>70 800</b>	<b>106 600</b>
40. Perzentil	27 780	27 100	31 200	43 800
30. Perzentil	11 580	10 700	11 800	18 800
20. Perzentil	3 490	2 400	3 000	6 900
10. Perzentil	60	0	100	900
5. Perzentil	-1 620	-3 000	-2 800	-700
<b>Anteil der Haushalte mit einem Nettovermögen &lt;= 0 Euro (in %)</b>	<b>9</b>	<b>10</b>	<b>9</b>	<b>6</b>
<b>Gini-Koeffizient</b>	<b>0,76</b>	<b>0,76</b>	<b>0,74</b>	<b>0,73</b>
<b>90:50-Perzentilsverhältnis</b>	<b>8,6</b>	<b>7,8</b>	<b>7,8</b>	<b>6,8</b>
<b>Anteil der obersten 10 % der Vermögensverteilung am gesamten Nettovermögen (in %)</b>	<b>59</b>	<b>60</b>	<b>55</b>	<b>56</b>

Datenbasis: Private Haushalte und ihre Finanzen

Dennoch: Im internationalen Vergleich springt die immer noch hohe Vermögensungleichheit in Deutschland ins Auge. So verfügen die obersten zehn Prozent der Haushalte in der Vermögensverteilung über mehr als die Hälfte (56%) des gesellschaftlichen Gesamtvermögens (siehe Kapitel 5.4, Abbildung 6, Seite 226). Die Daten des sozio-oekonomischen Panels weisen sogar noch einen deutlich höheren Wert aus (siehe DIW Wochenbericht Nr. 29/2020, Tabelle 2).

► **Abb 6 Anteil der reichsten 10 % aller Haushalte am Gesamtvermögen in europäischen Ländern 2021 — in Prozent**



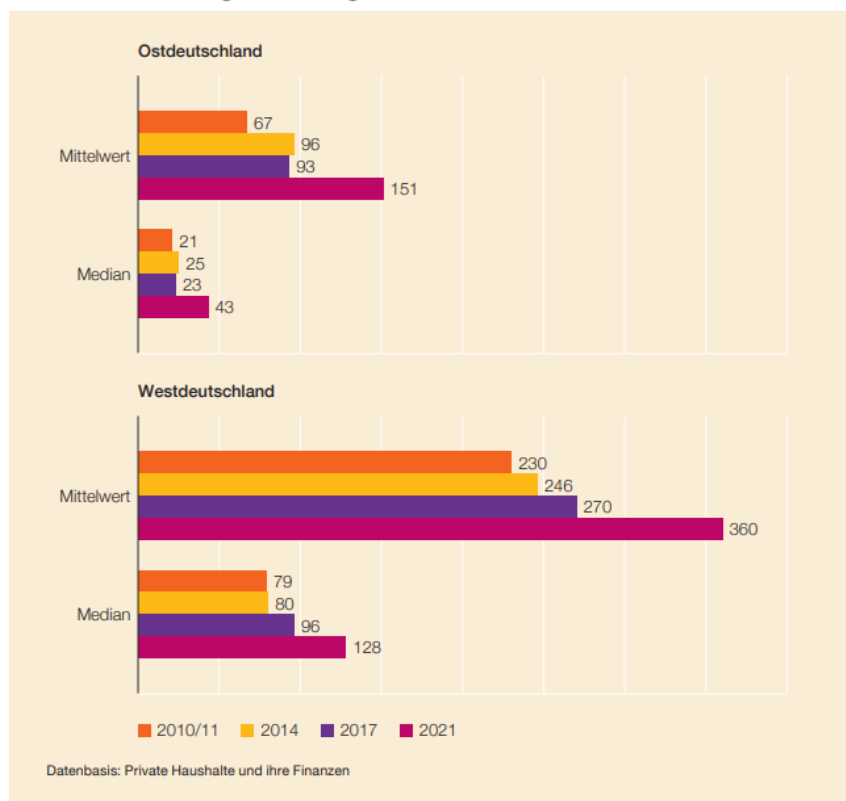
Eine wichtige Ursache für das Beharrungsvermögen von Vermögensungleichheiten über Generationen hinweg stellen Schenkungen und Erbschaften dar. In Deutschland fällt die Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen relativ gering aus. Das gilt insbesondere für Betriebsvermögen, das unter bestimmten Umständen sogar steuerfrei übertragen werden kann, und mit Blick auf die hohen Freibeträge etwa bei Schenkungen von Eltern an ihre Kinder. Besonders Personen im mittleren Erwachsenenalter (25–54 Jahre) und vermögendere Bevölkerungsgruppen haben von diesen intergenerationalen Transfers profitiert (siehe Kapitel 5.4, Abbildung 4, Seite 224).

► Abb 4 Durchschnittliches Nettovermögen nach Altersgruppen und nach Erhalt einer Erbschaft oder Schenkung 2017 – in tausend Euro



Innerhalb Deutschlands zeigt sich bei der Vermögensverteilung ein starkes Ost-West-Gefälle. Im Jahr 2021 erreichten ostdeutsche Haushalte mit 43 % nicht einmal die Hälfte des Durchschnitts der westdeutschen Haushalte: 150.900 Euro gegenüber 359.800 Euro. In den letzten zehn Jahren gab es hier kaum eine Angleichung (siehe Kapitel 5.4, Abbildung 2, Seite 222)

► Abb 2 Nettovermögen nach Region – in tausend Euro



Die Ursachen für diese Schieflage liegen (1) in dem weiterhin geringeren Lohnniveau in Ostdeutschland, das einen Vermögensaufbau erschwert, (2) dem Immobilienmarkt, der in Ostdeutschland durch den Bevölkerungsrückgang keine oder geringere Wertsteigerungen aufweist, sowie (3) den historisch sehr beschränkten Möglichkeiten zum privaten Vermögensaufbau in der DDR. Betriebsvermögen war nicht erwünscht, Aktien- und Finanzanlagen waren nicht möglich, privates Immobilieneigentum nur gering verbreitet.

**Der Sozialbericht 2024 zeigt: Die Reallöhne sind gewachsen. Dennoch bleiben das Armutsrisiko und das Risiko dauerhafter Armut hoch.**

Die durchschnittlichen Reallöhne sind seit 2014 gestiegen und haben – nach einem kurzfristigen Einbruch im Jahr 2022 – auch in den letzten fünf Quartalen wieder zugenommen. Mit dazu beigetragen haben neben den wiederholten Anhebungen des Mindestlohns auch der allgemeine Arbeitskräftemangel, der sich in einem insgesamt steigenden Lohnniveau niederschlägt.

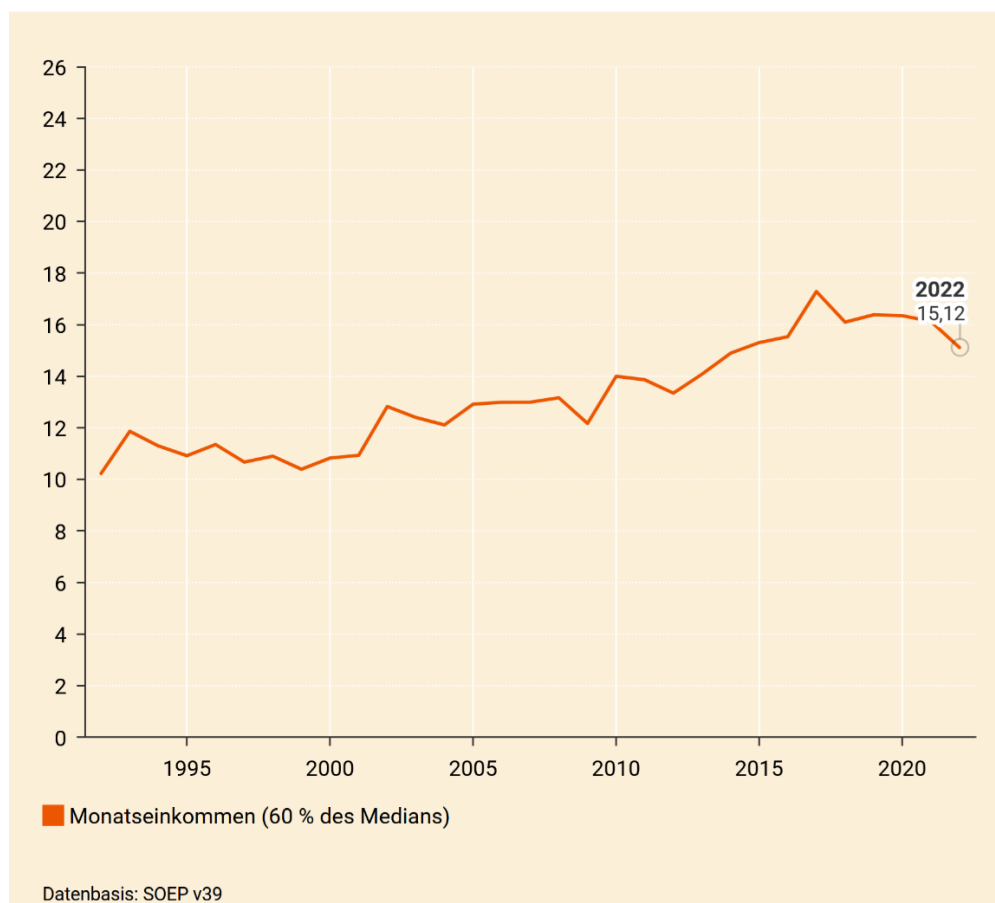
Aus sozialpolitischer Sicht ist das Armutsrisiko von besonderer Bedeutung. Ein Armutsrisiko liegt dann vor, wenn das Haushaltsnettoeinkommen kleiner als 60 Prozent des mittleren Einkommens ist. Das Haushaltsnettoeinkommen umfasst



dabei alle regelmäßigen Einkünfte nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben zuzüglich erhaltener Sozialtransfers und wird ins Verhältnis gesetzt zu Anzahl und Altersstruktur der Personen im Haushalt.

Die Armutsgefährdungsschwelle lag 2022 bei rund 1.200 Euro monatlich für einen Ein-Personen-Haushalt. Bei einem Zwei-Personenhaushalt mit einem Kind betrug sie 2.160 Euro. 2022 lebten etwa 15 % der bundesdeutschen Haushalte unterhalb der Armutsrisikoschwelle. Im Vergleich zu den vorhergehenden zwei Jahren ist der Anteil leicht gesunken. Schauen wir uns den langfristigen Verlauf der letzten 30 Jahre an, liegt das Armutsrisiko jedoch immer noch hoch (siehe Kapitel 5.3, Abbildung 3, Seite 208). Die positive Einkommensentwicklung der letzten Jahre hat hier keine substantielle Veränderung bewirkt.

► **Abb 3** Entwicklung der Bevölkerungsanteile in Armut – in Prozent



Mehr als die Hälfte (58%) der armutsgefährdeten Bevölkerung war 2021 von dauerhafter Armut betroffen, mit Armutsperioden von drei Jahren und mehr (siehe Kapitel 5.3, Abbildung 5, S. 217). Wir sehen also, dass Haushalte, die einmal

unter die Armutsgrenze gerutscht sind, häufig dort verbleiben. Armut hat sich verfestigt – das war einer der zentralen Befunde des Datenreports 2021. Dieser Befund hat sich leider nicht geändert.

Vergleichen wir das Armutsrisiko zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen (siehe Kapitel 5.3, Tabelle 4a, Seite 212), zeigen sich hohe Armutsrisiken insbesondere bei Alleinerziehenden, Personen mit Hauptschulabschluss, Personen ohne Berufsabschluss oder Menschen mit Migrationshintergrund. In Ostdeutschland ist nach mehr als 30 Jahren nach der deutschen Vereinigung das Armutsrisiko (mit 19,4 %) immer noch höher als im Bundesdurchschnitt.

Es fällt zudem die hohe Betroffenheit junger Erwachsener (20 bis 29 Jahre) auf, auch wenn diese im Zeitverlauf etwas gesunken ist: Fast ein Viertel (22 %) war im Zeitraum von 2020–2022 von Armut bedroht. In Ostdeutschland war es sogar fast ein Drittel (31%).

► Tab 4a Betroffenheit von Armut in Deutschland nach Bevölkerungsgruppen – in Prozent

	Deutschland (gesamt)			Ostdeutschland <sup>1</sup>	
	Bevölkerungs- anteil	Armutsquote		Bevölkerungs- anteil	Armutsquote
		2020–2022	2015–2019		
Bevölkerung insgesamt	100,0	16,1	15,9	100,0	19,4
				<i>17,1 der Gesamtbevölkerung</i>	
<b>Geschlecht</b>					
männlich	49,5	16,0	15,1	49,2	19,3
weiblich	50,5	16,3	16,6	50,8	19,5
<b>Alter</b>					
Bevölkerung ab 18 Jahren	83,3	15,4	15,1	83,9	19,2
0–9 Jahre	9,0	19,6	19,6	8,5	20,2
10–19 Jahre	9,3	21,2	20,2	9,6	22,0
20–29 Jahre	11,0	24,5	22,3	9,3	31,4
30–39 Jahre	13,4	14,7	13,6	13,9	16,0
40–49 Jahre	12,3	12,8	13,1	13,4	14,6
50–59 Jahre	16,0	12,8	12,5	14,6	17,0
60–69 Jahre	13,1	16,3	17,2	15,9	23,6
70–79 Jahre	9,6	11,7	13,5	8,8	15,9
ab 80 Jahren	6,3	13,8	12,4	5,9	13,5

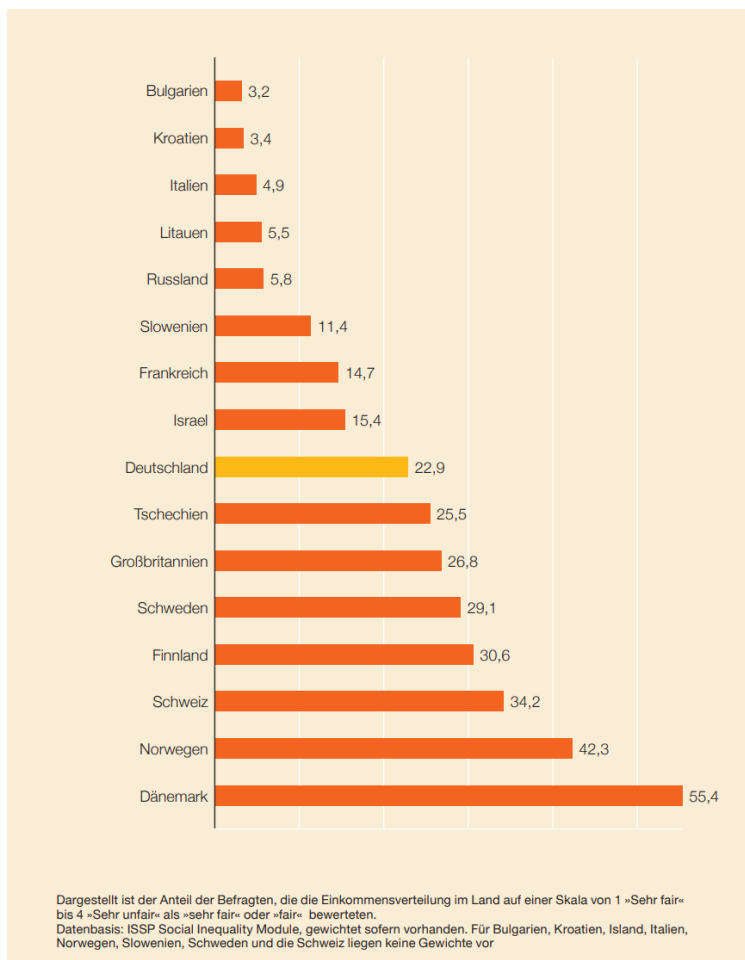
Datenbasis: SOEP v39

Eine neuere Entwicklung zeigt sich bei dem Risiko von Altersarmut. Dieses Risiko hat bei der Altersgruppe der 60- bis 79-Jährigen im Vergleich zu 2015-

2019 zugenommen. Verantwortlich dafür sind oft Phasen von Arbeitslosigkeit in der Berufsbiografie – dies gilt vor allem für Ostdeutsche, bei denen in dieser Altersgruppe fast jeder oder jede Vierte (24 %) von Armut bedroht ist.

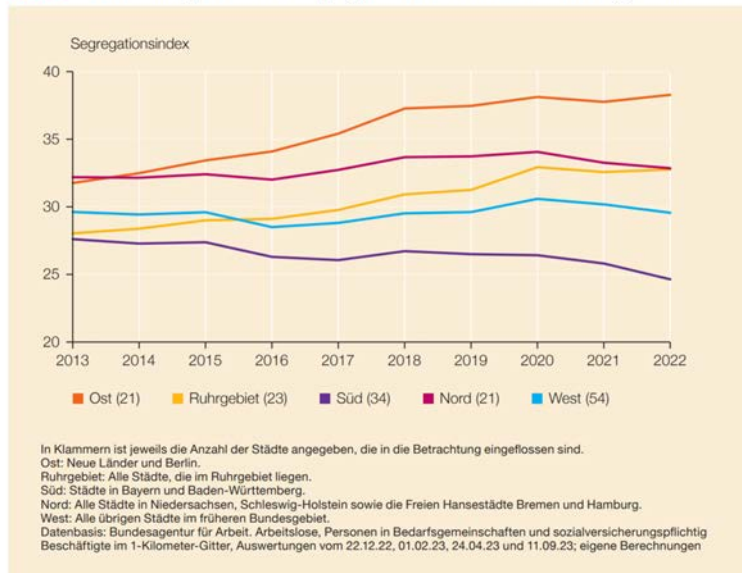
Das Ausmaß sozialer Ungleichheit schlägt sich auch in den Einstellungen und Wahrnehmungen der Menschen nieder. Nur rund die Hälfte der Bevölkerung sieht das eigene Einkommen als gerecht an. Die derzeitige Einkommensverteilung wird nur von knapp einem Viertel der Bevölkerung als „fair“ eingeschätzt (siehe Kapitel 7.2, Abbildung 7, Seite 266).

► **Abb 7** Anteil der Personen in verschiedenen europäischen Ländern, die die Einkommensverteilung als gerecht bewerten, 2019 – in Prozent



Soziale Ungleichheit zeigt sich auch darin, wo von Armut betroffene Menschen leben – hier werden die Bezieher von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II betrachtet (siehe Kapitel 7.2, Abbildung 1, Seite 269).

► **Abb 1** Entwicklung der Armutssegregation in 153 Städten nach Regionen



Vor allem in den ostdeutschen Städten und im Ruhrgebiet konzentrieren sich in bestimmten Stadteilen Menschen, die Leistungen nach dem SGB-II beziehen. Man spricht von räumlicher Armutssegregation. Diese hat bis 2022 vor allem in den Städten Ostdeutschlands deutlich zugenommen. Ein Grund dafür war der Zuzug von Geflüchteten in Stadtquartiere, in denen bereits zuvor schon viele arme Menschen lebten. Ursachen dafür waren hoher Wohnungsleerstand und günstigere Mieten. In Süddeutschland gab es dagegen aufgrund des insgesamt angespannteren Wohnungsmarktes zahlreiche Städte, in denen die Neuzuwanderung auch in andere Stadteile erfolgte.

Auch wenn die gezeigten Befunde zur Vermögens- und Einkommensungleichheit nicht direkt in Bezug zur großen Unzufriedenheit mit Funktionieren der Demokratie vor allem in Ostdeutschland gesetzt werden können, geben sie zumindest Hinweise auf besondere Problemlagen der Menschen.